



Der solidarischen Mehrheit gerecht werden!



Bürgerengagement und direkte Demokratie haben in Brandenburg in den letzten Wochen Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit voran gebracht: das Sozialticket ist da, die kostenfreie

Schülerbeförderung wieder möglich. Die Volksinitiative „Keine neuen Braunkohlletagebaue - für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ hat es auf die Agenda des Landtages geschafft. Es hat sich gezeigt: Die Demokratie in unserem Land funktioniert, der Wille der Bürgerinnen und Bürger zu Solidarität und Gerechtigkeit ist stark. Der Landtag hat sich - gegen das Engagement der Linksfraktion - lange, zu lange dagegen gestemmt. Er hat regelrecht Barrikaden errichtet. In einer Aktuellen Stunde sollten daher über die bisherige und die künftige Rolle des Landtages gesprochen werden. Während SPD-Fraktionschef Baaske erneut versuchte, sozialpolitisch Augenhöhe mit der LINKEN herzustellen, retteten sich die Herren Lunacek und Schönbohm (CDU) in demokratiethoretische Fachvorträge. Schönbohm geißelte dabei vor allem das Wort von der „solidarischen Mehrheit“ in Brandenburg - eingebracht vom Koalitionspartner SPD im Februar, als sich

der Landesverband den Volksinitiativen öffnete. Es zeigt sich eben immer wieder: die CDU ist auf Landesebene die entscheidende Bremse, wenn es um ein sozial gerechteres Brandenburg geht. Das Land aber braucht keine Bremser, sondern die Auflösung von Blockaden: einen Energiedialog für eine zukunftsfähige Energiepolitik, eine Landesoffensive zum sozial verträglichen Umbau der Abwasserwirtschaft, einen Durchbruch zu kostenfreiem Schulesen. Gesellschaftliche Mehrheiten für ein neues Schulsystem und längeres gemeinsames Lernen sowie für eine stabile öffentliche Daseinsvorsorge auch in den schwächeren Landesteilen müssen politisch wirksam gemacht werden. Dafür steht DIE LINKE - innerhalb und außerhalb des Landtages. Und wir wissen dabei die große Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger hinter uns - egal, ob sie Anhänger der SPD, der CDU oder einer anderen demokratischen Partei oder Nichtwähler sind. Wer den parteiübergreifend starken Willen zu sozialer Gerechtigkeit in Brandenburg als Machwerk oder Instrument einer einzelnen Partei verunglimpft, schadet nicht nur sich selbst, sondern hat die Menschen im Land nicht verstanden.

*Kerstin Kaiser,
Fraktionsvorsitzende*

Keine Belastung für Altanschießer!

DIE LINKE forderte mit ihrem Antrag von der Landesregierung eine Regelung, die sicherstellt, dass die sogenannten Altanschießer nicht zu Herstellungsbeiträgen herangezogen werden können. Zwei OVG-Urteile vom Dezember 2007 bestätigten, dass Altanschießer auch heute noch mit Herstellungsbeiträgen belastet werden müssen, obwohl sie bereits vor dem 03. Oktober 1990 an zentrale Abwasseranlagen angeschlossen waren. Mit dem Zweiten Kommunalen Entlastungsgesetz änderte die Koalition 2003/2004 - gegen die Stimmen der damaligen PDS - das Kommunalabgabengesetz dahingehend, Beitragsausfälle bei den Aufgabenträgern zu verhindern. Die Gemeinden und Zweckverbände sollten auf diese Weise finanzielle Spielräume erhalten. Das war die Grundlage dafür, dass bereits damals verjährte Forderungen für Herstellungsbeiträge von Altanschießern unbestimmt in die Zukunft verschoben wurden. Das hat das ganze Problem potenziert. Daher ist es nicht nur unmoralisch, sondern schlichtweg falsch, wenn die Regierungskoalition nun meint, diese Folgen hätten sie nicht gewollt. Das, was jetzt eingetreten ist und durch das Gericht bestätigt wurde, ist die damals gewollte Folge. Es zeigt sich erneut, dass die Koalition aus SPD und CDU nicht in der Lage ist, nachhaltige und gute Politik für die Menschen in diesem Land zu gestalten. Der von SPD und CDU eingebrachte Entschließungsantrag geht am eigentlichen Problem vorbei. Weitere Prüfaufträge an die Landesregierung helfen den Altanschießern und auch den Zweckverbänden nicht. Nach Ansicht der LINKEN kann nur eine gut durchdachte Stichtagsregelung zu Beitragsgerechtigkeit im machbaren Maße führen. Dass dies auch möglich ist, zeigt ein von der SPD in Auftrag gegebenes Gutachten des Parlamentarischen Beratungsdienstes des Landtages Brandenburg.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
innenpolitischer Sprecher*

Gemeinsam auf gleicher Augenhöhe!

Nach dem Fortschrittsbericht zur Zusammenarbeit von Brandenburg und Berlin konnte die schon einmal erreichte Dynamik der Kooperation nicht aufrecht erhalten werden. Seit deutlich wurde, „dass kurzfristig nicht mit einem Länderzusammenschluss gerechnet werden kann bzw. bis auf weiteres vom Fortbestand zweier Länder auszugehen ist, gewannen vereinzelt wieder Überlegungen an Gewicht, die die Abläufe, Problemlagen und Interessen im jeweiligen Land stärker in den Vordergrund stellten“. Damit bleibt die Politik deutlich hinter dem zurück, was die Menschen erwarten: Zwei Drittel der Brandenburger plädierten im Dezember für den Ausbau der Kooperation. Ihnen geht es nicht um wolkige Zukunftsgemälde oder subtile

Rückgriffe auf die Geschichte. Für sie sind konkrete Herausforderungen entscheidend: die Abstimmung der Energiestrategien der Länder, eine gemeinsame Wirtschaftsförderung, eine Tourismuskonzeption für die Region, Ideen zum Abbau des Ärztemangels auf dem Lande oder verbesserte ÖPNV-Verbindungen. In diesem Sinne wird ein neuer politischer Ansatz gebraucht. Dafür möchte DIE LINKE gern einen eigenständigen Beitrag leisten. Allein aber können wir das nicht stemmen. Die Brandenburger Sozialdemokraten müssen in den eigenen Reihen endlich bestehende Blockaden aufzulösen. Sie müssen sagen, was sie wollen und wie sie dies umsetzen wollen.

*Kerstin Kaiser,
Fraktionsvorsitzende*

Musikschulgesetz

Es war ein großer Erfolg als im Jahr 2000 die Belange der Musikschulen in einem Gesetz des Landes geregelt werden konnten. Dennoch sind Verbesserungen notwendig geworden. So sind die festgelegten Qualitätsstandards noch nicht optimal und die Tendenz zum Abbau hauptamtlicher Stellen konnte nicht verhindert werden. Daher wurden die Landtagsabgeordneten und Mitglieder des Vorstandes des Landesverbandes der Musikschulen Dr. Hoffmann (LINKE), Kuhnert (SPD) und Werner (CDU) einstimmig von der Gesamtmitgliedersammlung des Landesverbandes 2006 gebeten, eine Änderung des Musikschulgesetzes im Landtag zu beantragen.

Fachgremien sehen in der Sicherung eines Mindestanteils von fest angestelltem Personal die Möglichkeit, die musikalische Erziehung und Grundausbildung, Einzel- und Gruppenunterricht in allen Stufen in hoher Qualität zu sichern. Insbesondere die Talentförderung ist eine der wichtigsten Säulen zur Qualitätssicherung der Musikschulen. Gleichzeitig muss die Arbeit der Honorarkräfte aufgewertet werden. Auch Unterricht in darstellender und bildender Kunst soll angeboten werden. Am Ende standen SPD und CDU für dieses Projekt nicht zur Verfügung und lehnten es ab.

*Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann,
kulturpolitischer Sprecher*

Pendler müssen entlastet werden!

450.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger pendeln täglich, teilweise über die Landesgrenze hinweg, zur Arbeit. Durch die Ausweitung der Leih- und Zeitarbeit mit ständig wechselnden Arbeitsorten und die Neuausrichtung der Förderstrategie haben sich die Pendlerströme seitdem noch verstärkt. Gleichzeitig steigen die Mobilitätskosten drastisch. DIE LINKE hatte bereits anlässlich der Diskussion um das Steueränderungsgesetz 2007 vor der Absenkung der Pendlerpauschale auch deshalb gewarnt, weil das eingeführte „Werkstorprinzip“, das die Fahrt vom Wohn- zum Arbeitsort zur Privatangelegenheit erklärt, verfassungsrechtlich bedenklich und sozial ungerecht ist.

Mit dem nunmehr gestellten Antrag sollte die Landesregierung aufgefordert werden, sich für die Wiedereinführung der alten Regelung einzusetzen, um Arbeitnehmer steuerlich zu entlasten. Dass dieser Antrag abgelehnt wurde, zeigt erneut die Doppeltzungigkeit führender Landespolitiker, denn erst vor wenigen Tagen wurde in der CDU-Landtagsfraktion lautstark die Rückkehr zur ursprünglichen Pendlerpauschale eingefordert. Leider blieb es bei diesen verbalen Bekundungen. Die Kürzung der Pendlerpauschale war eine politische Fehlentscheidung, die folglich auch auf politischem Weg zu korrigieren ist.

*Christian Görke,
Parlamentarischer Geschäftsführer*



Anträge der Fraktion zur 67. / 68. Sitzung

■ Gesetzentwurf

zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Musikschulen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Musikschulgesetz- BbgMSchulG)
DS 4/6158

■ Anträge

- Planfeststellungsverfahren zum Ausbau des Sacrow-Paretzer-Kanals einstellen und Ausbauplanung für die Schleuse Kleinmachnow korrigieren
DS 4/6246
- Folgen einer Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG für Brandenburg
DS 4/6226
- Maßnahmen gegen die Gefahren von transgenem Mais MON 810 ergreifen
DS 4/6225
- Für ein wirkliches Bündnis am Boden
DS 4/6224
- Wiedereinführung der Entfernungspauschale DS 4/6223
- Gesetzliche Regelung zur Entlastung der Altanschießer notwendig!
DS 4/6252
- Gemeinsames Vorgehen zur Reduzierung von Wildschäden
DS 4/6265
- Programm zur Verbesserung der strukturellen Bedingungen in den Kindertageseinrichtungen
DS 4/6284